

V/F/I e.V., Schäfergasse 13, 60313 Frankfurt am Main

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
Referat WA 11
Marie-Curie-Straße 24-28
60439 Frankfurt

E-Mail an: Konsultation-04-21@bafin.de

Donnerstag, 27. Mai 2021

Stellungnahme zur Konsultation 04/2021

Entwurf einer Mantelverordnung zum Wertpapierinstitutsgesetz (WpIG)

Geschäftszeichen - WA 11-FR 4400-2021/0003

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir vertreten kleinere, mittelständische Finanzdienstleistungsinstitute, insbesondere Anlageberater, Anlage- und Abschlussvermittler sowie Finanzportfolioverwalter ohne Zugriff auf Kundenvermögen und ohne Eigenhandel.

Unsere Stellungnahme beschränkt sich auf die Regelung in § 2 Abs. 2 des Entwurfs der Wertpapierinstituts-Inhaberkontrollverordnung - WpI-IKV (Artikel 3).

Die Regelung des § 2 Abs. 2 WpI-IKV im Entwurf lautet:

„Unterlagen und Erklärungen, die nicht in deutscher Sprache verfasst sind, hat der Anzeigepflichtige zusätzlich zum Original in einer beglaubigten oder von einem öffentlich bestellten oder beeidigten Dolmetscher oder Übersetzer angefertigten Übersetzung einzureichen. Die Bundesanstalt kann im Einzelfall auf die Übersetzung oder deren Beglaubigung verzichten.“

Schäfergasse 33
60313 Frankfurt am Main
Telefon 069 / 74 38 69 21
Telefax 069 / 74 38 69 19
E-Mail info@vfi-finanz.de
www.vfi-finanz.de
Amtsgericht Frankfurt
Vereinsregister 11533

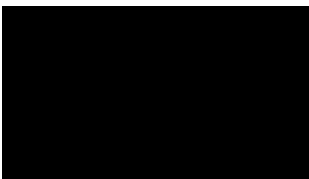
Wir halten diese Regelung für nicht sachgerecht. Die Pflicht zu fremdsprachigen Originalen eine beglaubigte Übersetzung einzureichen, wird der Vernetzung der Finanzmärkte und ihrer Akteure im Binnenmarkt der Europäischen Union nicht mehr gerecht. Lingua franca, d.h. die Arbeitssprache in grenzüberschreitenden Beziehungen ist Englisch. Unterlagen und Erklärungen, die in Englischer Sprache abgefasst sind, sollten ebenfalls ohne beglaubigte Übersetzung akzeptiert werden. Alles andere wäre provinziell. Im Übrigen verfahren BaFin und Bundesbank schon in dieser Weise.

Die Vorschrift sollte deshalb lauten:

„Unterlagen und Erklärungen, die nicht in deutscher **oder englischer** Sprache verfasst sind, hat der Anzeigepflichtige zusätzlich zum Original in einer beglaubigten oder von einem öffentlich bestellten oder beeidigten Dolmetscher oder Übersetzer angefertigten Übersetzung einzureichen. Die Bundesanstalt kann im Einzelfall auf die Übersetzung oder deren Beglaubigung verzichten.“

Für Fragen oder Erläuterungen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Verband der Finanzdienstleistungsinstitute e.V.
Gabriele Cloß
Rechtsanwältin